



Adliswilereien

Informationen aus dem Gemeinderat

Sitzung vom Mittwoch, 22. September 2021

Von Wolfgang Liedtke

Für die erste Sitzung des Grossen Gemeinderates nach der Sommerpause standen 17 Einbürgerungsanträge, einen Antrag des Stadtrates auf eine Fristverlängerung sowie drei Interpellationen auf der Agenda.

Mitteilungen

Stadtpräsident Farid Zeroual (Mitte) teilte dem Grossen Gemeinderat die Ergebnisse der Lohnvergleichsanalyse mit, zu welcher die Stadt seit Juli 2020 verpflichtet ist. Die Analyse umfasste den Lohn von insgesamt 510 Beschäftigten der Stadt Adliswil, davon 346 Frauen und 165 Männer, im Zeitraum Juli 2020 bis Juli 2021. Gemäss dem Analyseergebnis verdienen Frauen im Durchschnitt 10,7 Prozent weniger als Männer. Unter Berücksichtigung der Qualifikationsmerkmale und der arbeitsbezogenen Merkmale verdienen Frauen 0,7 Prozent mehr. Leider beantwortet diese Lohnvergleichsanalyse nicht, wieso die qualifizierteren Aufgaben und Führungsaufgaben offenbar hauptsächlich von Männern ausgeführt werden, obwohl sie beim Stadtpersonal so stark in der Minderheit sind.

Der Stadtpräsident schloss seine Mitteilung mit dem Hinweis, dass mit der Lohnvergleichsanalyse auch ein Postulat der SP-Fraktion aus dem Jahr 2018 erfüllt werde, verschwieg allerdings, dass der Stadtrat damals die Annahme des Postulats verweigerte.

In einer Fraktionserklärung würdigte Angelika Sulser (SP) das neu eröffnete Hallenbad und das gelungene Konzept für die Adliswiler Chilbi.

Fragestunde

Littering am Reservoir Wacht – Litter Club Adliswil – Präsenzunterricht an den Adliswiler Schulen in der 4. Corona-Welle – Gewebe im Lätten – E-Ladestationen in städtischen Liegenschaften – Gut gestaltete Dorfzentren für das Gewerbe

Bereits in der letzten Sitzung stellte Sebastian Huber (SVP) eine mündliche Frage zum Littering am Reservoir Wacht und wollte wissen, wie die Reinigungsintervalle der Anlage seien, welche Massnahmen ergriffen würden und ob Bussen bei Littering vorgesehen seien. Die Beantwortung erfolgte nun durch Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP): Sie gab die Reinigungsintervalle an und wies darauf hin, dass eine Verringerung dieser Intervalle eine Aufstockung des Personals erfordere. In Bezug auf Massnahmen und Bussen berichtete sie, dass bei Littering eine Ordnungsbusse von 100 Franken fällig würde. Allerdings sei eine unmittelbare Feststellung der Tat erforderlich.

Mario Senn (FDP) erklärte in der letzten Sitzung, dass sich der Litter Club Adliswil bei ihm über mangelnde Unterstützung der Stadt beklagt habe und wollte wissen, ob dies dem Stadtrat bewusst oder sogar von ihm geplant sei. Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) antwortete, dass für den Littering Club das Material jeweils vor einer Aktion am vereinbarten Ort bereitgestellt werde. Nach einer Reinigungsaktion werden die Abfallsäcke des Littering Club eingesammelt und einer Entsorgung zugeführt. Der Littering Club erhält von der Stadt eine jährliche Unterstützung von 500 Franken.

Xheli Etemi (SP) wies auf die Messung der CO₂-Konzentration in Schulräumen in anderen Kantonen hin und stellte die folgende Frage: *Ist es möglich, auch die Adliswiler Schulzimmer*

in den Schulhäusern, die nicht über eine moderne Belüftungsanlage verfügen (beispielsweise Kronenwiese), kurzfristig mit einem solchen CO₂-Messgerät auszustatten?

Stadtrat Markus Bürgi (FDP) beantwortete diese Frage mit dem einleitenden Hinweis, dass die Massentests in den Adliswiler Schulen keine bedrohlichen Häufungen von Infektionen anzeigten. Die Schule Adliswil habe Messgeräte für die Tests in den Schulen ohne Belüftungsanlage beschafft. Der Testeinsatz habe die gute Luftqualität in den Schulzimmern bestätigt, deshalb habe man von einer Anschaffung einer grösseren Zahl von Messgeräten abgesehen.

Marianne Oswald (Grüne) erkundigte sich, welche der im Quartier Sood angesiedelten Gewerbebetriebe in das Entwicklungsgebiet Lätten umziehen wollten und welche Kosten damit für die Stadt verbunden wären. Stadtrat Felix Keller (parteilos) teilte mit, dass man die ca. 20 Gewerbebetriebe in Sood befragt habe. Ein Unternehmen will Adliswil verlassen, ca. die Hälfte will in Sood bleiben. Ein Viertel der Unternehmen habe ein Interesse für die Umsiedlung nach Lätten signalisiert. Kosten im Zusammenhang mit dem Umzug von Unternehmen kämen auf die Stadt nicht zu, denn der Abbruch der alten und die Erstellung der neuen Betriebsgelände fall zu Lasten der betroffenen Unternehmen, bei Altlasten gelte das Verursacherprinzip.

Katya Willmann wies auf die Bedeutung des Vorhandenseins von E-Ladestationen für den Umstieg auf E-Mobilität und stellte die folgenden Fragen:

- *Sind bereits städtische Wohnliegenschaften mit E-Ladestationen für die Mieter ausgestattet? Wenn ja, welche sind das?*
- *Lässt die Liegenschaftsverwaltung auf Anfrage von Mietern E-Ladestationen in ihren Liegenschaften installieren?*
- *Wie viele E-Ladestationen sind in der Parkgarage des neuen Stadthauses vorhanden?*

Stadträtin Karin Fein (FW) teilte mit, dass es bisher keine Nachfrage für E-Ladestationen in den städtischen Wohnliegenschaften gebe und deshalb auch noch nirgendwo Ladestationen installiert seien. Im neuen Stadthaus seien zwei Ladestationen vorgesehen, ebenso in der Tiefgarage für die benachbarte neue Polizeistation. Die Installation von Ladegeräten an den Parkplätzen sei in Vorbereitung.

Esen Yilmaz (SP) stellte die folgende Frage:

«Der Stadtpräsident hat in einer der letzten Kantonsratsitzungen erklärt: ‚Die Pandemie hat gezeigt, wie wichtig gut gestaltete Dorfzentren für das Gewerbe sind.‘

Ich habe dazu die folgenden Fragen:

- *Wie gedenkt der Stadtpräsident, diese Erkenntnis im Adliswiler Ortszentrum umzusetzen?*
- *Warum wurde der Vorstoss zur Neugestaltung der Albisstrasse vom Stadtrat abgelehnt?*
- *Was will der Stadtrat unternehmen, um das seit ca. 6 Jahren leerstehende Geschäftslokal an der Bahnhofstrasse mit Anstoss zum Bruggeplatz einer attraktiven Nutzung zuzuführen?»*

Stadtpräsident Farid Zeroual (Mitte) hielt sich in seiner Antwort zunächst damit auf, zu erläutern, dass er im Kantonsrat nicht als Stadtpräsident, sondern als Ratsmitglied gesprochen habe. Zum abgelehnten Vorstoss seiner eigenen Fraktion zur Neugestaltung der Albisstrasse wies er darauf hin, dass nach der bevorstehenden Fertigstellung des Busbahnhofs die Albisstrasse wieder in den vorherigen Zustand zurückversetzt werde. Wegen des leerstehenden Geschäftslokals sei der Stadtrat in regelmässigem Kontakt zum Eigentümer und leite Interessenten für diese Räumlichkeiten an den Eigentümer weiter.

Wirtschaftsstrategie - Antrag des Stadtrates für eine Fristverlängerung

Im September 2020 überwies der Grosse Gemeinderat einstimmig eine Motion der bürgerlichen Parteien zur Ausarbeitung einer Wirtschaftsstrategie gegen den Willen des Stadtrates. Dieser war der Ansicht, dass der Grosse Gemeinderat den Stadtrat nicht zur Ausarbeitung einer Strategie auffordern könne, da dies in der alleinigen Kompetenz der Exekutive läge. Stadtpräsident Farid Zeroual (Mitte) reichte anschliessend eine Beschwerde beim Bezirksrat ein, welche immer noch hängig ist.

Seinen Antrag auf Fristverlängerung um drei Monate begründete der Stadtrat mit Verzögerungen, welche durch eine Studie der ZHAW und bei der Befragung des Gewerbevereins Adliswil aufgetreten seien. Die mit der Prüfung des Antrages befasste Geschäftsprüfungskommission wies darauf hin, dass prinzipiell eine Verlängerung um 12 Monate möglich sei. Insgesamt beurteilte sie die Begründung als nachvollziehbar und beantragte die Zustimmung zur Fristverlängerung.

Esen Yilmaz (SP) vertrat in der Debatte die folgende Meinung: *«Dass die Ausarbeitung einer Wirtschaftsstrategie Zeit in Anspruch nimmt, ist verständlich und nachvollziehbar. Aus diesem Grund ist die Fristerstreckung sinnvoll.*

Diese Arbeit aber auszulagern und sich auf Aussagen von Dritten zu verlassen, vor allem wenn der Auftragnehmer nicht zu 100% im Auftrage der Stadt Adliswil waltet, sollte mit Vorsicht genossen werden. Gemeint ist die Standortförderung Zimmerberg, worauf sich der Stadtrat gemäss Fristerstreckung verlassen wird. Zwar nicht nur, denn immerhin sei der Stadtrat auf den Handwerk- und Gewerbeverein Adliswil (HGVA) zugegangen. Das ist sehr wichtig und begrüssenswert.

Welche Interessensgruppen und -segmente beide Institutionen von Adliswiler Unternehmen abdecken, wissen wir nicht. Der Stadtrat sollte alle Interessengruppen, nämlich auch solche die weder Mitglied im HGVA sind noch Informationen, zumindest nicht ausreichende, mit der Standortförderung Zimmerberg teilen, kontaktieren. Gemeint ist hier, dass der Stadtrat proaktiv möglichst viele Institutionen angeht – denn eine enge Vernetzung von Wirtschaft und Behörden ist sehr wichtig.

Wirtschaftsstrategie heisst nicht nur neue Unternehmen nach Adliswil zu locken, auch bereits ansässige Unternehmen müssen gepflegt werden. Auch ein gutes Verkehrsangebot, guter Zugang zum Arbeitsmarkt, eine moderne Infrastruktur, Kultur und Bildung sollten gefördert werden. Mittels all dieser Werte sollte sich die Stadt positionieren. Sie sollte als moderner Wirtschaftsstandort für innovative Unternehmen bekannt sein.

Mehrmals wurde im Parlament auch von Seiten der SP laut, dass eine Wirtschaftsstrategie forciert, aktiv gefördert, rapportiert und vom Stadtrat so schnell als möglich umgesetzt wird. Wir möchten nochmals erwähnen, dass dies keine alleinige Idee der FDP oder der anderen bürgerlichen Fraktionen ist! Die SP-Fraktion, welche die Wirtschaftspolitik versteht und verfolgt, geht einstimmig dem Antrag des Stadtrates nach und empfiehlt die Fristerstreckung zu genehmigen.»

Mario Senn (FDP) würdigte das Votum von Esen Yilmaz, auch seine früheren Stellungnahmen zur Förderung von Start-up-Unternehmen, um dann – wie man es von ihm gewohnt ist – mit Verweis auf die 99%-Initiative zu polemisieren. Sebastian Huber (SVP) hielt fest, dass die Motion von den bürgerlichen Fraktionen eingereicht worden sei, er freue sich aber über die Unterstützung der SP. Er rekapitulierte dann den bisherigen Ablauf des Streits über die Zulässigkeit der Initiative zwischen Gemeinderat und Stadtpräsident und erklärte, dass der Gemeinderat eigentlich den Fristverlängerungsantrag ablehnen müsse, weil nach einem Jahr noch kein Ergebnis vorliege. Weil dies aber kontraproduktiv sei, stimme seine Fraktion der Verlängerung zu. Stadtpräsident Zeroual (Mitte) stellte klar, dass der Stadtrat die Motion als

Postulat behandle, weil über die Annahme des Vorstosses als Motion noch kein Entscheid des Bezirksrates vorliege.

Die Fristverlängerung wurde vom Gemeinderat einstimmig beschlossen.

Interpellation zur Sammlung von Plastikabfällen

Im Sommer reichte die FW-Fraktion eine Interpellation zur Sammlung von Plastikabfällen ein. Sie verwies darauf, dass die Sammlung 20 Prozent günstiger sei als die Kehrichtentsorgung, die Verbrennung CO₂ erzeuge und recycelter Kunststoff Erdöl einspare. Man wollte deshalb vom Stadtrat wissen, wann die Sammlung im Betriebshof Tüfi aufgelegt werde, ob eine Zusammenarbeit mit den Grossverteilern gesucht werde und wann es eine Plastikhaussammlung ähnlich wie bei Papier und Karton geben werde?

Die SP-Fraktion hatte im Frühjahr einen Vorstoss zur Sammlung von Plastikabfällen intensiv diskutiert. Sie war zu dem Ergebnis gekommen, dass ein Recycling der Abfälle der Verbrennung vorzuziehen sei. Sie nahm aber auch zur Kenntnis, dass es von verschiedenen Umweltorganisationen Vorbehalte gegen die Plastiksammlung gab, weil sie ökologisch wenig Nutzen bringe und nur Symptombekämpfung betriebe statt die Ursache, nämlich die sich immer weiter ausweitende Verwendung von Kunststoffen beispielsweise als Verpackungsmaterial, zu beseitigen. Eine Sammlung und Verwertung der Plastikabfälle könne einer Vermeidung entgegenwirken. Schliesslich entschied die SP-Fraktion, vorerst auf einen Vorstoss zu verzichten und einige fachliche Fragen zu klären.

Der Stadtrat wies in seiner Antwort auf die Interpellation darauf hin, dass zurzeit die Zufahrt zum Entsorgungspark Tüfi erschwert und die Platzverhältnisse dort beengt seien. Man prüfe aber einen Pilotversuch. Eine Zusammenarbeit mit einem Detailhändler werde aktuell vom Zweckverband für Abfallverwertung Horgen geprüft. Die Stadt sei für eine Zusammenarbeit mit einem Grossverteiler, welcher die Vorgaben des AWELS erfülle, offen. Eine Haussammlung für Plastikabfälle sei noch kein Thema, dazu müsse erst der Pilotversuch abgewartet werden.

Der Erstunterzeichner der Interpellation Bernie Corrodi (FW) wies auf den ökologischen Unsinn der Verbrennung oder der Lagerung auf Deponien hin. Die Produktion von Kunststoffen umfasse von 1950 bis 2020 ca. 8,3 Mrd. Tonnen weltweit. Er folgerte, dass es eine Wiederverwertung von Plastik brauche, solange wir Plastikverpackungen verwenden. Renato Jacomet (SVP) verteidigte zu Beginn seines Votums die SVP, die umweltbewusster sei als ihr Image. Er kritisierte sodann die mangelnde Vorbereitung der Stadt Adliswil für eine Plastiksammlung und unterstützte im Namen seiner Fraktion die Einführung einer Sammlung von Plastikabfällen. Katya Willmann vertrat die Meinung der SP-Fraktion, die trotz ihrer ökologischen Zweifel einer Wiederverwertung von Kunststoffen nicht im Wege stehen wollte: *«Wir Schweizer haben den Ruf, weltweit an erster Stelle zu stehen im Bereich Abfalltrennung. Eine neue Abfalltrennung muss in den nächsten Jahren in Angriff genommen werden, die Kunststoffsammlung. Verschiedene Punkte müssen uns hellhörig werden lassen: Erdöl ein nicht erneuerbarer Rohstoff ist die Grundlage zur Herstellung von Plastik. Bei der Verbrennung geht der Rohstoff unwiederbringlich verloren, es wird CO₂ freigesetzt, was wiederum zur Klimaerwärmung beiträgt. Plastik darf keinesfalls mehr im Meer landen. Das sind zwei unseres Erachtens sehr wichtige Punkte.*

In der Ausgabe der Zürichseezeitung vom 20.02.2021 war zu lesen, dass Modellrechnungen von einer Sammelquote von bis zu 70 Prozent bei den gemischten Kunststoffabfällen ausgehen – ohne PET-Getränkeflaschen. Kantonsweit wären das 23'000 Tonnen Plastikabfälle pro Jahr. Damit könnten rund 46'000 Tonnen CO₂ eingespart werden.

Dass die die Kunststoffsammlung noch in den Anfängen steht ist eine Tatsache. Der Anteil des gesammelten, der als Sekundärkunststoff (Kunststoffgranulat) zurück in den Kreislauf geht, soll mindestens 50% betragen und kontinuierlich steigen. Das Ziel ist, bis im Jahr 2030 eine jährliche Zunahme bis 70% zu erreichen. Die nicht verwertbaren Restmengen müssen korrekt in einer Schweizer Entsorgungsanlage verbrannt werden – in einer KVA oder in einem

Zementwerk. Als Unterstützung für das Pilotprojekt mit einem Detailhändler zusammen zu arbeiten ist sehr wünschenswert. Solche Projekte bestehen bereits.

Ein grosser Teil unserer Bevölkerung steht der Kunststoffsammlung sehr positiv gegenüber, ein starkes Zeichen, welches ein Ansporn sein muss, das Thema ernsthaft anzugehen.

Es ist sehr erfreulich, dass trotz der Herausforderungen unser Stadtrat offen ist, ein Pilotprojekt in naher Zukunft für eine Kunststoffsammlung zu prüfen.»

Angela Broggin (Grüne) teilte die Bedenken zur Plastiksammlung, bezeichnete die Wiederverwertung aber als positiver als das Verbrennen. Sie wies darauf hin, dass das Problem der Plastikabfälle, welche in der Umwelt landen, durch die Sammlung nicht gelöst wird. Die Sammlung könne daher nur ein erster Schritt sein.

Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) bedankte sich für die kritischen sowie konstruktiven Anmerkungen in der Debatte, bedankte sich für die Interpellation und versicherte, dass der Stadtrat an diesem Thema dranbleibe.

Das morgendliche Verkehrschaos am Schönauweg

In einer Interpellation nahmen die Freien Wähler sich der Verkehrsprobleme vor dem Schulhaus Werd an, die für die Anwohner nicht mehr tragbar seien. Sie wollten vom Stadtrat wissen, ob es Zahlen zum Fahrzeugaufkommen im Schönauweg gebe, wie der Stadtrat die Situation verbessern wolle, ob es ein Verkehrskonzept gebe. Schliesslich schlugen sie den Ausbau eines Baustelleninstallationsplatzes am Kanalweg zu einem Parkplatz vor.

Die Antwort des Stadtrates fiel sehr unbestimmt aus. Daten aus einer Verkehrszählung lägen nicht vor, eine Erhebung sei erst nach Eröffnung des neuen Kindergartens vorgesehen. Zur Verbesserung der Situation lägen «erste Konzepte» vor, die Arbeiten seien aber noch nicht abgeschlossen. Ein Verkehrskonzept könne man erst nach Wiedereröffnung des Kindergartens erarbeiten. Der Baustelleninstallationsplatz am Kanalweg sei Teil der Konzeption zur Verbesserung der Verkehrssituation.

Erstunterzeichner Harry Baldegger (FW) liess in seinem Redebeitrag kein gutes Haar an der Antwort des Stadtrates und vergab die Note 3,3. Gabriel Mäder (GLP) erinnerte daran, dass es die Problematik des Eltern-Bring-und-Hol-Service an allen Schulen gebe. Er teilte das Urteil von Harry Baldegger zur Antwort des Stadtrates, konnte jedoch keine Lösung vorschlagen. Strassensperrungen führten zu Umgehungsverkehr, zudem müssen man Sperrungen und Verbote kontrollieren. Er plädierte für Druck durch Schulleitungen und Elternforen auf die Eltern, ihre Kinder zu Fuss zur Schule zu schicken und stellte fest, dass der Schulweg Teil des Schulbesuchs sei.

Xheli Etemi (SP) vertrat eine ähnliche Meinung der SP-Fraktion mit dem folgenden Votum: *«Der Schüler-Bring-und-Hol-Service durch Eltern führt an allen Schulhäusern zu teils massiven Verkehrsaufkommen mit gefährlichen Situationen für die Schulkinder und Belästigungen für die Anwohner. Lösungen mithilfe der Verkehrsführungen an den Schulhäusern können deshalb immer nur kurzfristige Lösungen sein. Langfristig müssen andere Wege eingeschlagen werden, um dieses unnötige zusätzliche Verkehrsaufkommen zu vermeiden. Ein wichtiger Schritt wäre, die Zuordnung von Schülerinnen und Schülern zu Schulhäusern ausserhalb ihres Wohnquartiers konsequent zu vermeiden und innerhalb der Schulbezirke für sichere Schulwege zu sorgen. In den letzten Jahren hat sich die Tendenz verstärkt, Kinder aus unterschiedlichen Gründen in ein entfernteres Schulhaus zu entsenden. Das führt dazu, dass diese Kinder vermehrt Strassen mit hohem Verkehrsaufkommen passieren müssen.*

Die Situation am Schönauweg ist für die Anwohner eine Belastung, hier muss auf jeden Fall eine kurzfristige Lösung gefunden werden. Inwieweit sich der Kanalweg und der dortige provisorische Baustelleninstallationsplatz als Problemlösung eignen, ist für die SP-Fraktion schwer zu beurteilen und muss sorgfältig geprüft werden. Möglicherweise wird die Belästigung durch den Schüler-Bring-und-Hol-Service nur in eine andere Strasse und damit zu den dortigen Anwohnern verschoben.

Die Organisation von Pedibussen durch Eltern könnte eine kurz- und langfristige Lösung sein – auch für die anderen Schulhäuser. Damit dies kurzfristig umgesetzt werden kann, wäre es

hilfreich, wenn die Schulen jeweils organisatorische Unterstützung bei der Organisation von Pedibussen anbieten würden.

Die Antwort des Stadtrates auf die Interpellation bringt kaum Erkenntnisse und offenbart eine gewisse Hilflosigkeit bei der Lösung des genannten Problems. Die SP-Fraktion ist der Ansicht, dass der Schutz der Schulkinder sowie die Entlastung der Anwohner mehr Engagement erfordern als dies die Stellungnahme des Stadtrates zeigt.»

Mario Senn (FDP) wies darauf hin, dass das Kinderhaus Werd ebenfalls am Schönauweg liege und es deshalb Verkehr aus anderen Wohnquartieren gebe. Den Verkehr auf den Strassen könne man nicht verbieten. Eine schnelle Lösung für diese Problem gebe es nicht. Ein möglicher Weg wäre ein Kiss&Ride-Lösung, welche die Zufahrt bis zur Schule vermeiden würde. Er erinnerte daran, dass das Quartier durch die Infrastruktur mit Schulhaus Werd, Kindergarten und Kinderhaus Werd profitiere, man könne nicht den Fünfer und das Weggli haben.

Hitzeminderung im Stadtgebiet

Mit einer Interpellation wollte die Fraktion der Grünen vom Stadtrat wissen, ob es angesichts der Klimaerwärmung und zunehmender Hitzetage Planungen zur Hitzeminderung im Stadtgebiet gebe. Im Einzelnen erkundigten sie sich nach einem Massnahmenkatalog und Zeitplan zu dessen Umsetzung, nach der Erhaltung und Verbesserung des Kaltluftsystems, den Einbezug der Bauherrschaften, nach zusätzlichen Grün- und Freiflächen und der Baumbilanz. Schliesslich sprachen sie den Hitzestau auf dem Bruggeplatz an.

In seiner Antwort wies der Stadtrat auf kantonale Aktivitäten hin, die von der Stadt Adliswil beobachtet würden. Konkrete Massnahmen und einen Zeitplan zur Umsetzung gebe es aber noch nicht. Die Erhaltung des Kaltluftvolumensystems würde beachtet. In Bau- bewilligungsverfahren würden konkrete Umgebungspläne eingefordert. Grün- und Freiflächen würden in allen Umgebungsplänen mit eingeplant. Eine Baumbilanz gebe es nicht, man arbeite aber an einem Baumkataster für Bäume auf öffentlichem Grund.

Bezüglich des Bruggeplatzes wurden die altbekannten Argumente gegen eine Umgestaltung vorgebracht: Die Freiflächen würden für die verschiedenen Nutzungen sowie für die Befahrbarkeit durch grössere Fahrzeuge benötigt. Diverse Werkleitungen unter dem Platz würde ausserdem die Anpflanzung von Bäumen verhindern. Ein Sonnensegel würde zu hohe Zugkräfte an den Spannseilen und den Ankerpunkten mit sich bringen.

Als Erstunterzeichnerin wies Marianne Oswald (Grüne) auf die zeitweise unerträgliche Hitze in urbanen Gebieten hin. Sie räumte ein, dass Adliswil dank seiner Topografie Glück habe. Den Grünen sei es wichtig, dass durch Neubauten die Kaltluftströmungen von den Hängen nicht unterbrochen würden. Sie sprach sich für Tiefgaragen aus, weil sie den Flächenverbrauch reduzierten und Rodungen vermieden. Zur Beantwortung der Interpellation durch den Stadtrat meinte sie, dass dort nur aufgelistet werde, was nicht umsetzbar sei, aber konkrete Vorschläge beispielsweise zum Bruggeplatz vermisst würden. Dabei zeige der Bürkliplatz in Zürich, dass eine Bepflanzung eine intensive Nutzung nicht verhindere.

Mario Senn (FDP) lobte den Vorstoss, relativierte jedoch gleich wieder, indem er ausführte, ihm sei es immer zu heiss, seiner Frau aber immer zu kalt. Er stimmte jedoch der Aussage zu, dass Bauprojekte das Kleinklima beachten sollten, und fand unterirdische Parkplätze richtig. Zur Baumbilanz vertrat er die Ansicht, dass Adliswil heute mehr Bäume aufweise als vor 50 oder 100 Jahren. Am Ende seines Votums konnte Senn wieder nicht der Versuchung einer Polemik widerstehen. Er wies auf einen Vorstoss der FDP im Kantonsrat zur Fassadenbegrünung hin, den nur die Grünen und die AL nicht unterstützt hätten.

Sait Acar (SP) meinte: *«Der Klimawandel trifft uns immer mehr. Nicht nur Hochwasser ist ein Teil davon, auch die Klimaerwärmung belastet uns und auch unsere Gesundheit sehr. Mit der Hitzeminderung kann eine Erleichterung gebracht werden. Das bei uns auf die Kaltluftströme geachtet wird ist eine wichtige Massnahme. Das in den Siedlungen vermehrt darauf geachtet wird, dass Begrünung und Wasserläufe berücksichtigt werden, ist ein wichtiger Beitrag zur Hitzeminderung. Mit der Biodiversität kann eine Minderung unterstützt werden, z. B. als Strassenbegleitflächen. Durch das Anpflanzen von Blütenpflanzen können wertvolle*

Wildblumenwiesen, Blumenrasen, Schotterrasen geschaffen werden. Diese Strassenbegleitflächen dienen nicht nur der Hitzeminderung, sondern haben den Vorteil, dass sie Lebensraum bieten für Tiere und Insekten. Auch Kiesflächen statt Beton unterstützen ein Hitzeminderung.»

Gabriel Mäder (GLP) vertrat die Ansicht, dass für die Hitzeminderung kein Konzept erforderlich sei, man dieses Thema auch nicht den Bauherren überlassen dürfe. Er vertrat die Ansicht, dass die Problemzonen für Hitzestaus in Adliswil vor allem im Ortszentrum und im Quartier Sood lägen.

Am Ende der Sitzung wurde die Gemeinderätin Daniela Morf (SVP) verabschiedet, die seit 2010 Ratsmitglied war und 2014/2015 Gemeinderatspräsidentin gewesen war.